

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 491 Jahrgang 214



Bezugspreis: monatlich 10.70 — ohne Postgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Zeitungsverleger und Einzelhandelsbuchhandlungen entgegen.
Abend-Ausgabe **Anzeigenpreis:** Die Spalte 34 mm breit, 10 mm hoch, 70 H. Die Spalte 90 mm breit, 10 mm hoch, 100 H. Scherz nach 6 Uhr. Erstlingspreis 250 H.
Verkaufspreis: Leipzig: Leipziger Straße 61/62. Fernruf zentrale 7801. Abends von 7 Uhr an Redaktion 5600 und 5610. — Postfachkonto: Leipzig 201512.
Dienstag, 25. Oktober
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 90. Fernruf im Kurier 37. 8280. Eine Berliner Schriftleitung. — Verlag a. Druck von Otto Adelke, Halle-Saale

Raflosigkeit!

Die Krise der Reichsregierung

Kritik wird gemeldet:
Der Reichspräsident hatte gestern nachmittag eine gemeinsame Besprechung mit den Führern der Fraktion der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Volkspartei und der Demokraten über die Bildung einer Koalition dieser Parteien. An den mehrstündigen Verhandlungen ergab sich in der Oberleitungsfrage die Aussicht einer Verständigung, während in den Fragen der inneren Politik noch Schwierigkeiten bestehen. Die Fraktionsvorsitzenden erklärten, über das Ergebnis dieser Besprechung zunächst mit ihren Fraktionen verhandeln zu müssen. Die Besprechungen beim Reichspräsidenten werden heute fortgesetzt. Ein Ergebnis ist erst im Laufe des heutigen Tages zu erwarten.

Auch im Laufe des gestrigen Nachmittags wurden die interfraktionellen Besprechungen und die Beratungen der Parteien fortgesetzt. Um 5 Uhr empfing Reichspräsident Ebert die Führer der bisherigen Koalitionsparteien, die Sozialdemokraten, des Zentrums, der Volkspartei, um mit ihnen die Frage zu besprechen. Auch Reichsaussenminister Dr. Rosen war erschienen, der noch einmal die Oberleitungsfrage vom außenpolitischen Standpunkt beleuchtete. Durch seine Mitteilungen sollte versucht werden, die Parteien unter einen Hut zu bringen. Es drehte sich in dieser Unterredung selbstverständlich wieder darum, wie die Wirtschaftsverhandlungen von den politischen nationalen Fragen getrennt werden könnten. Während die Wirtschaftsnationalisten befürworteten, die Wirtschaftsangelegenheiten getrennt von den politischen nationalen Angelegenheiten zu besprechen, verlangten die Demokraten, man müsse die Wirtschaftsverhandlungen gegen die Note einleiten, trotzdem aber einen Kommissar aus den Wirtschaftsverhandlungen ernennen. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, dürfte die Volkspartei nicht gewillt sein, die bekannte demokratische Erklärung beizugehen anzunehmen. Es heißt jetzt übrigens, daß sie schon am Sonntagabend von der Volkspartei abgelehnt worden sei, und die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat das in ihrer Fraktionssitzung ebenfalls abgelehnt. In parlamentarischen Kreisen bestanden gestern die Meinungen sich vor allem darüber zu unterscheiden, welche Stellung die Entente gegenüber einer solchen Trennung der Wirtschaftlichen von den politischen Fragen einnehmen würde. Ueber diese Angelegenheit war die Deutsche Volkspartei noch zu keinem Entschluß gekommen, ist sich also gestern noch nicht darüber schlüssig geworden.

Alle diese Fragen dürften sehr eingehend in der gestrigen Besprechung beim Reichspräsidenten erörtert worden sein. Um 10 Uhr abends verließen die Führer der Demokraten und der Deutschen Volkspartei die Beratung, und die Deutsche Volkspartei hielt noch gestern Abend eine Sitzung ab.

Dr. Stresemann erstattete Bericht über den Gang der Verhandlungen. Nachdem die Demokraten und die Volksparteier die Beratungen beim Reichspräsidenten verlassen hatten, erschien Reichsaussenminister Dr. Wirth.

Die demokratischen Mütter Werlins („D. A.“ und „Woff. Sta.“) sprechen bereits von der Möglichkeit der Bildung einer großen Koalition. Pro Stunde kann indessen noch nicht gesagt werden, ob der Gedanke der großen Koalition sich tatsächlich verwirklichen läßt. Jedemfalls werden alle Bemühungen gemacht, um diesen Gedanken zu verwirklichen, jedoch scheinen, wie die „D. A. S.“ hört, noch sehr große Schwierigkeiten zu überwinden zu sein, um dieses Ziel in der Tat zu erreichen.

Der wichtigste Beratungsgegenstand der interfraktionellen Besprechung beim Reichspräsidenten war die Formulierung eines Protokolls der Nachsorgeverwaltung gegen die oberleitungsrechtliche Vergewaltigung. Ueber diesen Vorwurf sollen die Fraktionen so rasch wie möglich Bescheid wissen, um dem Reichspräsidenten heute vormittag Mitteilung hierüber zu machen, damit dieser sofort seine Entschlüsse treffen kann.

Es ist damit zu rechnen, daß die Demokraten und das Zentrum dieser Entschlüsse zustimmen werden. Die Sozialdemokraten würden eine Ablehnung der Erklärung unter besonderer Berücksichtigung wichtiger innerparteilicher Fragen.

Die Deutsche Volkspartei lehnte einstimmig die Zustimmung zu der Erklärung der interfraktionellen Besprechung ab und scheint damit aus der Koalition auszuschließen.

Damit ist also gesagt, daß fürs erste, sollte die Deutsche Volkspartei nicht wieder umfallen, an eine große Koalition nicht zu denken ist.
Die Regierungsbildung wird demnach so vor sich gehen, daß der Reichspräsident Dr. Wirth im Laufe des heutigen Tages erneut mit der Bildung des Reichskabinetts beauftragt wird. Der Reichstag soll voraussichtlich am Mittwoch nachmittag zusammenkommen. Er wird indessen lediglich eine Note an die Entente zustimmen haben, da bis zum Zusammentritt die neue Regierung bereits geschaffen sein soll.

Die Schaffung einer neuen Regierungskoalition in Preußen wird Anfang November in die Wege geleitet werden, wenn im Reich die das Kabinett der breiten Koalition zustande kommt. Es soll ein Kabinett der Verwahrung werden. Die Sozialdemokraten übernehmen dann Innen- (Steuerung) und Volkswohlfahrt; Steinerwald bleibt Ministerpräsident, nicht aber Volkswohlfahrt ab. Die übrigen Minister, mit Ausnahme von Dominicus, bleiben, unter Umständen wird Am Reinhold, der sich zur Ruhe setzen will, durch einen Zentrumsjuristen abgelöst. Der Außenminister Weder soll als Demokrat, so daß die Demokraten zwei Minister behalten.

König Karl gefangen!

Budapest, 24. Oktober.
Nach Entgegennahme der Abhandlungen der Regierung schrieben die Benutzten des Königs an die austrianischen Truppen zurück. Der die Aufständischen beherrschende Eisenbahnverleiher über die Stadt Zolis nach Komorn zu gelangen. Die Aufständischen erließen jedoch in Zolis, daß die Eisenbahnlinie nach Komorn unterbrochen sei, und daß die dortige Garnison die Flucht mit Waffengewalt zu verhindern würde. Der Zug steht untätig leer. Die ungarische Regierung hatte bereits zu Beginn des Krieges einen verlässlichen Offizier nach Zolis geschickt, der jedoch von den durchziehenden Truppen der Regierung am Sonntag gefangen wurde. Dieser Offizier übernahm nun in Zolis das Kommando und sorgte für die Heberwahrung des Königs.

Kerner arbeitete die ohne Führer gelassenen zurückströmenden Abhandlungen. Die an der Organisation des Aufstandes beteiligten Politiker und Soldaten fremder Herkunft ließen den König schließlich in Etich und suchten nach Zolis zu flüchten. Sie trafen auf die Soldaten der ungarischen Regierung. Nach einer Meldung des Wiener Korrespondenzbüros befinden sich Königin Rita und Königin Rita zurzeit unter Verwahrung auf Schloss Zolis.

Budapest, 25. Oktober.
Gegenwärtig finden hier Beratungen zwischen der Regierung und den Ententevertretern statt, zu denen auch diplomatische Vertreter der kleinen Entente geladen wurden, die sich mit dem Schicksal Karls besprechen.
Wie die Schweiz, Dep. An. meldet, hat der Bundesrat einstimmig das Verbot und den Verbot des Kaisers Karl zurückgewiesen. An eine Rückkehr in die Schweiz ist nicht zu denken.

Sowjetrepublik in Portugal?

Paris, 25. Oktober.
Nach einer dem „Echo de Paris“ wiedergegebenen Meldung des „Impartiale“ aus Lissabon, hat der General Souza Costa sich mit seinen Truppen verlassen und marschiert auf Oribasso, um die neue Regierung zu stützen. Dem Platte erklärt ein früherer republikanischer Minister, die aus Lissabon in Madrid eingetroffenen Nachrichten bezogen, daß die Bewegung ausgebrochen bolschewistische Charakter habe. Die erste Tat der neuen Regierung war die Freilassung der Führer der Ministerpräsidenten sowie der wegen sozialer Vergehen verhafteten Personen. Die Ansicht des neuen Ministeriums sei die Errichtung einer Sowjetrepublik in Portugal. In Porto versuchte der Pöbel, die von Truppen besetzten französischen und englischen Konsulate sowie die Banken anzugreifen.
Die „Rev. Rev. Rev.“ aus Madrid erzählt, soll in Lissabon die Menge den Palast des Präsidenten angegriffen haben, der Sturm jedoch von der republikanischen Garde abgewehrt worden sein.

Ernennung des Bevollmächtigten?

Am vergangenen Donnerstag, dem 20. Oktober, ist der Reichsregierung durch Briand die Entscheidung in der oberleitungsrechtlichen Angelegenheit amtlich mitgeteilt worden. Die überleitete Note der Vorkonferenz enthält Annahmen des Reichs, deren ausdrückliche Annahme durch Deutschland nicht verlangt wurde. Die feindlichen Mächte stellen sich somit auf dem Standpunkt, daß die Durchführung ihrer Entscheidung über Oberleitung seitens des Deutschen Reiches und des polnischen Staates eine Selbstverständlichkeit bedeutet, und daß deshalb eine besondere Erklärung der Verantwortlichkeit hierzu nicht erforderlich ist. Denn die neue Grenze wird von der internationalen Kommission gezogen und Polen wie Deutschland nehmen alsdann die ihnen angefallenen Gebiete in selbständiger Verwaltung. Auch das „Abkommen“ zwischen Deutschland und Polen über die gemeinsame Verwaltung des geteilten Industriegebietes ist dem Deutschen Reich von den Alliierten nicht zur Beschlußfassung und Anerkennung vorgelegt worden. Es stellt somit keinen Vertrag dar, über den Deutschland und Polen sich einig sein sollen, sondern ist vielmehr ebenfalls ein Akt des Feindbundes. Wasgenau, was von Deutschland verlangt wird, ist lediglich die Ernennung eines Bevollmächtigten zur Verhandlung über die Einrichtung der gemeinsamen Verwaltung. Nach der Note der Vorkonferenz lautet der Name des Bevollmächtigten hinnen acht Tagen, also bis zum Donnerstag, dem 27. Oktober, in Paris mitzuteilen.

Es fragt sich nun, ob eine Zustimmung des Deutschen Reiches zu der ganzen Entscheidung des Vorkonferenz am Ausdruck gebracht wird, wenn die Reichsregierung der Forderung nachkommt, den Bevollmächtigten bis zum 27. Oktober zu ernennen und in Paris zu benennen. Was unterer Zustimmung zur Entscheidung wurde damit die Genfer Entscheidung angenommen sein. Eine Rechtsvermutung, und sei sie in noch so klaren Worten geklärt, die vom Reichstag oder von der Reichsregierung in der Antwortnote ausgeschrieben würde, kann weder politisch noch rechtlich irgendwelche Wirkung ausüben, wenn gleichzeitig der Bevollmächtigte ernannt und damit materiell die geforderte Forderung angenommen wird. Auch das kann nicht ausgehen werden, daß die Entsendung des Bevollmächtigten einwilligend unbedenklich sei, weil darin ja nur eine vorübergehende Aufstellung zur Verhandlung, nicht aber bereits die Zustimmung zu dem Wirtschaftskommissionen liegt. Einmal wird von Deutschland nur eine ausdrückliche Zustimmung zu der ganzen Entscheidung verlangt, und zum anderen ist nirgends eine Möglichkeit zu erblicken, daß der Bevollmächtigte an den wesentlichen Grundlagen des Abkommens irgendwelche Änderungen vornehmen könnte. Es ist vorauszuweisen, daß ihm in den Verhandlungen lediglich eröffnet werden wird, was Deutschland bei der Einrichtung der gemeinsamen Verwaltung des Industriegebietes auszuführen habe. Dem Deutschen Reich werden hierbei zugunsten Polens um so höhere Vermutungen gestellt werden, je weniger es erkennen läßt, daß es einen entschlossenen Willen an nationaler Selbstachtung besitzt. Denn was ihm in der Genfer Entscheidung schon jetzt zur Stärkung des polnischen Staates augenutet wird, muß das deutsche Nationalgefühl empfinden auf das schwerste verletzen.

Die Entscheidung, um die sich alles weitere drehen wird, ist also zunächst allein die Frage, ob Deutschland der Forderung auf Entsendung des Bevollmächtigten nachkommen will.

Bei der Ministerienassisi, in der wir seit dem von vergangenen Sonntagabend erlassenen Ministerrat des Kabinetts Wirth liegen, handelt es sich denn in Wahrheit auch nur um die Frage, ob sich eine Regierung findet, die bis zum Donnerstag, dem 27. Oktober, den Bevollmächtigten für die Verhandlungen über die Verwaltung des oberleitungsrechtlichen Industriegebietes ernannt. Alles andere tritt demgegenüber in den Hintergrund. Das kann gegenüber der innerpolitischen Machtverhältnisse der Sozialdemokratie gar nicht stark genug hervorgehoben werden. Es dreht sich gegenwärtig nur um die Frage, ob allein darum, ob und welche Arbeit im Reichstag sich dafür entscheidet, daß der angeforderte Bevollmächtigte rechtzeitigt entsendet werden soll.

Von der Feindnationalen Volkspartei wird diese Forderung rundum zurückgewiesen, weil in ihrer Erklärung eine Zustimmung zu der Genfer Entscheidung liegt. Die beiden sozialdemokratischen Parteien verlangen die Entsendung des Bevollmächtigten und damit auch dieses Mal die Unterwerfung Deutschlands ohne Vorbehalt.

Bei den drei Mittelparteien ist die Stellung zu der Forderung der Sozialdemokraten, Polen und Demokratische Partei wollen mit der Sozialdemokratie nicht ohne Mitbedingung nach der Seite der Deutschen Volkspartei zu

1200-
1300-
1400-
1500-
1600-
1700-
1800-
1900-
2000-
2100-
2200-
2300-
2400-
2500-
2600-
2700-
2800-
2900-
3000-
3100-
3200-
3300-
3400-
3500-
3600-
3700-
3800-
3900-
4000-
4100-
4200-
4300-
4400-
4500-
4600-
4700-
4800-
4900-
5000-
5100-
5200-
5300-
5400-
5500-
5600-
5700-
5800-
5900-
6000-
6100-
6200-
6300-
6400-
6500-
6600-
6700-
6800-
6900-
7000-
7100-
7200-
7300-
7400-
7500-
7600-
7700-
7800-
7900-
8000-
8100-
8200-
8300-
8400-
8500-
8600-
8700-
8800-
8900-
9000-
9100-
9200-
9300-
9400-
9500-
9600-
9700-
9800-
9900-
10000-

